

Meinungen

Wovor es sich wirklich zu fürchten lohnt

Auch wenn die Pandemie bald überwunden sein sollte: Die Bereitschaft vieler Menschen zu Ressentiments und Wissenschaftsfeindlichkeit wird bleiben.

Carolin Emcke

«Wer sich vor allem fürchtet, fürchtet sich insgesamt zu viel, doch zu wenig vor dem wirklich Furchterregenden», schreibt der Rechtsphilosoph Christoph Möllers in seinem Buch «Freiheitsgrade». Ängste gehören zu unserem Gemeinwesen wie die Hoffnung. Sie bedrängen oder inspirieren uns, aber wir sind ihnen nicht ohnmächtig ausgeliefert. Sie können und müssen eingestuft und gewertet werden. Es lässt sich durchaus «entscheiden, wovor es sich zu fürchten lohnt».

Nach einem furchtbaren und furchtsamen Jahr sind wir der Angst und der Anstrengung überdrüssig. Es ist genug. Es wächst die Ungeduld, sich aus der einschnürenden Umklammerung der Pandemie zu befreien. Mit der Impfkampagne beschleunigt sich jetzt die Hoffnung auf das «Danach», auf eine Zeit, von der aus wir staunend zurückschauen auf diese erschütternde, verwirrende Erfahrung des Corona-Ausnahmestands. Wir wollen vorsehen, die Trauer und die Angst um das Überspringen, was verloren ging oder was noch kommt.

Aber etwas, vor dem zu fürchten sich lohnt, wird bleiben. Das ist jetzt schon sicher. Die sich radikalisierte Leugner-Bewegung wird fortbestehen, auch wenn das vorgeschobene Objekt ihres Protests, die freiheitseinschränkende Massnahmen gegen Covid, längst einkassiert wurde.

Im fortdauernden Untergangstheater finden sich immer neue, immer andere Bedrohungen: Mal ist es der «Dritte Weltkrieg», mal ist es der «grosse Austausch» und die «Überfremdung», mal ist es die «Hygiene-Diktatur». Die politischen Fragen wollen nie angegangen oder gelöst werden.

Die Themen sind bloss Spielfiguren im Spektakel der Angst, austauschbar und flexibel, es braucht sie nur als Trigger des Ressentiments. Es geht um die «Kultivierung von Ohnmacht», wie der Kulturwissenschaftler Joseph

Vogl es in seinem Buch «Kapital und Ressentiment» nennt, um die merkwürdige Selbstbestätigung, die in der Aussenwelt nur «Anlässe für gefühlte Kränkung und Verletzung» sucht.

Entscheidend ist dabei immer der Blick von «unten» nach «oben», «das Volk», das als entmündigt oder unterdrückt stilisiert wird, gegen die «Elite», die im vermeintlich Geheimen, entkoppelt von der gesellschaftlichen Realität operiert. Die «Elite»

Es spielt keine Rolle, wie die Regierungen ein Problem angehen. Die Massnahmen werden mit Ressentiments und populistischer Mobilisierung beantwortet werden.

taugt als rhetorischer Passe-partout, der mal «Juden» oder «Kosmopoliten» meint, mal «Feministinnen» oder «die Medien», mal «Bill Gates» oder «die Wissenschaft». Sie berufen sich auf die demokratische Idee der Volkssouveränität, um sie radikal autoritär zu wenden.

Es wird Aufklärung simuliert, um antiaufklärerische Dogmen zu verbreiten. Die soziale Spaltung, die sie zu bedauern behaupten, ist ihre tiefste politische Sehnsucht. Die Wissenschaftsfeindlichkeit inszeniert sich als «höhere Wahrheit», die Leugner-Bewegungen verweisen auf «nicht manipulierte» Quellen, berufen sich auf «echte» Informationen – und so verkoppelt sich der krudeste Aberglaube und die absurdeste Verschwörungserzählung immer mit dem schmeichelnden Selbstbild des eingeweihten Zirkels.

Es ist an der Zeit, diese Bewegungen nicht mehr als isolierte Mobilisierungen zu politischen Krisenerfahrungen zu verstehen, sondern als zusammenhängende Strukturen und Einstellungen, die unsere demokratischen Gesellschaften immer weiter destabilisieren, weil sie den gemeinsamen Bezug zur Wirklichkeit, die «res publica», systematisch unterwandern.

Die antiaufklärerischen, autoritären Bewegungen brechen nicht lokal und spontan auf, sondern sie werden international und strategisch gezüchtet und gefördert, um Misstrauen zu schüren, um Unsicherheit zu erzeugen und demokratische Institutionen zu erschüttern.

Das war schon beim Brexit und bei der US-Wahl 2016 zu sehen. Sie profitieren von einer Privatisierung der Öffentlichkeit, in der die Plattform-Giganten wie Google und Facebook ein Geschäftsmodell entwickelt haben, das kein ökonomisches Interesse an der Unterscheidung von wahr und unwahr, richtig und falsch hat.

Es ist schon jetzt absehbar, dass dieselben gekränkten Affekte, dieselben Anfechtungen wissenschaftlicher Modellierungen sich wiederholen werden, wenn es um den Klimawandel und die notwendigen sozial-ökologischen Transformationen geht.

Es spielt keine Rolle, wie die Regierungen das Problem angehen, es können liberale oder konservative oder linke Konzepte und Massnahmen sein, die entwickelt werden, aber sie werden mit Ressentiments und populistischer Mobilisierung beantwortet werden.

Eine Demokratie aber, die nicht mehr der Wahrheitsorientierung verpflichtet ist, eine Öffentlichkeit, die nicht mehr nach Gründen und Argumenten sucht, sondern nur noch Daten und Ressentiments ausbeuten will, ist wirklich etwas, wovor es sich zu fürchten lohnt.

Tribüne

Familien, Frauen und Kinder gehören nicht in Rückkehrzentren

Der Kanton darf nicht wegschauen, wenn Menschen eine unmenschliche Behandlung erfahren.

Daniel Winkler

Glaut man den Worten von Regierungsrat Philippe Müller, sind die abgewiesenen Asylsuchenden, darunter Familien, Frauen und Kinder, selber schuld, wenn sie über zu lange Zeit in den Rückkehrzentren bleiben: «Sie können ausreisen, weigern sich aber», sagt er im «Bund»-Interview. Es ist möglich, dass es Gruppen von Asylsuchenden gibt, für die diese Formel zutrifft.

Für eine Vielzahl von Asylsuchenden mit einem Negativentscheid gilt diese einfache Lösung aber nicht. Personen aus Eritrea kehren, wenn sie bei gesundem Menschenverstand sind, nicht freiwillig in die repressive eritreische Diktatur zurück, die sich seit Jahren in keiner Weise verändert hat. Auch viele Asylsuchende aus Äthiopien befinden sich in der Nothilfe, und in ihrem Herkunftsland tobt noch immer ein Bürgerkrieg. Für exilbetitische Flüchtlinge aus Nepal oder Indien ist es nicht einfach, Papiere zu erhalten und zurückzureisen. Eine Rückkehr nach Afghanistan, in den Iran oder den Irak ist kein Sonntags-spaziergang.

Für die wenigsten ist es eine «freiwillige Entscheidung», Jahre in den repressiven Strukturen der Nothilfe zu verbringen. Dieses System ist hart und ignoriert menschliche Grundbedürfnisse wie Partizipation, Zugehörigkeit, Sicherheit, Freiheit und Autonomie. Das führt dazu, dass die betroffenen Personen mit der Zeit psychisch und körperlich erkranken. Aber unsere Behörden erklären sich für nicht zuständig, denn das Schweizer Volk hat ab 2008 das Nothilferegime für alle abgewiesenen Asylsuchenden legitimiert. Nur konnte damals niemand wissen, welche giftigen Früchte dieses Regime dereinst für die Betroffenen tragen würde.

Ist es richtig, Familien, Frauen und Kinder über Jahre in Rückkehrzentren zu belassen, die ihren Namen nicht verdienen? Für eine kindliche Seele, die sich emotional schlecht abgrenzen kann, ist das Leben in einem Zentrum

wohl das ungünstigste Umfeld, das man sich überhaupt denken kann. Streit und Angst beherrschen den Alltag. Da viele in den Zentren verzweifelt und dünnhäutig sind, besteht eine erhöhte Gewaltbereitschaft. Die

Das ist nicht eine konsequente, sondern eine unmenschliche Asylpolitik.

Menschen leiden im Besonderen unter Reizüberflutung durch Unruhe und Lärm. Plötzlich steht die Polizei da, will Leute verhaften und abholen. Gleichzeitig herrscht Reizentzug durch fehlende Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, durch Arbeits- und Beschäftigungsverbot. Beides über längere Zeit – Reizentzug und Reizüberflutung – erfüllen die Kriterien einer unmenschlichen Behandlung. In diesem Chaos-Milieu leben Familien, Frauen und Kinder. Hier bloss asylrechtlich zu argumentieren, greift zu kurz, da es um elementare Grundrechte und Kinderrechte geht.

Dass sich unsere Behörden von diesen Menschen erpresst fühlen, ist eine Argumentation, die aus Opfern Täter macht. Will man sich damit ungemütlichen Realitäten und Problemen entziehen? Der Kanton ist nicht verantwortlich für die repressiven Strukturen des Nothilferegimes. Aber er ist immer zuständig, wenn Menschen über eine zu lange Zeit eine unmenschliche Behandlung erfahren. Hier darf nicht mehr weggeschaut, verdrängt oder beschönigt werden. Auch die Argumentation, dass diese Massnahmen zu einer konsequenten und glaubwürdigen Asylpolitik gehören, hat ausgedient. Wenn Kinder in Rückkehrzentren verelenden, ist das nicht eine glaubwürdige und konsequente, sondern eine grausame und unmenschliche Asylpolitik.

Daniel Winkler ist Pfarrer in Riggisberg und in der Flüchtlingsarbeit tätig.

Leserbriefe

«Nicht noch eine Ungerechtigkeit»

AHV-Reform Interview mit Monika Bütler, «Bund» vom 7. Juni

Ohne Zuschlag eine Frechheit
Hochschulprofessorin Monika Bütler sieht in den Rentenzuschlägen für die Übergangsjahrgänge der Frauen vor dem Pensionsalter ein unnötiges Giesskannenprinzip. Unbeachtet bleibt dabei, dass diese Generation Frauen den Zuschlag in vielen Fällen bereits selbst berappt haben, indem sie Verbesserungen für Familien über Jahrzehnte mitfinanziert haben, von denen sie selber in keiner Art und Weise profitierten.

Besonders krass ist dies bei den heute 60-jährigen selbstständigerwerbenden Frauen mit Kindern. Die Mutterschaftsversicherung gibt es erst seit 2005. Zuvor haben selbstständigerwerbende Mütter trotz Arbeitsverbot keinen Franken erhalten. Krippenplätze? Anfang der 90er-Jahre noch kaum vorhanden, der Bund fördert deren Schaffung erst

seit 2003. Steuerabzüge für Kinderdrittbetreuungskosten? Im Kanton Bern in den späten 1990er-Jahren eingeführt, da waren die Kinder schon in der Schule, Betreuungsangebote wie Tagesschulen gab es keine. Kinderzulagen für Selbständigerwerbende? Erst 2011 eingeführt – mit dem Resultat, dass die 60-jährigen Selbständigerwerbenden kaum davon profitierten, seit 20 Jahren aber wacker mitfinanzieren. Der im Januar eingeführte Vaterschaftsurlaub? Auch diesen finanzieren wir gerne mit.

Für diese Frauen wäre eine Erhöhung des Rentenalters ohne Rentenzuschlag eine weitere Ungerechtigkeit und – man kann es nicht anders sagen – eine Frechheit.

Suzanne Michel, Niederwangen

Leserbriefe aufgeben:
leserbriefe@derbund.ch

Aktivisten Keller-Sutter hiess Razzien gut, «Bund» vom 9. Juni

Keller-Sutter handelte richtig

In unserem Rechtsstaat gilt die Gewaltenteilung. Es sind nicht Politiker, die entscheiden, gegen wen ermittelt werden darf oder nicht. Nur bei einer Gefährdung von Landesinteressen ist das Verhindern von Ermittlungen vorgesehen. Unsere Justizministerin handelte also nicht nur richtig, vielmehr hätte sie sich beim Nichterteilen die Frage gefallen lassen müssen, warum sie die Klimastreikenden vor rechtsstaatlichen Ermittlungen schützt. Indem der Artikel einen politischen Fall konstruiert, ist der Gipfel der Faden-scheinigkeit aber noch nicht erreicht. Denn: Was hat die Hausdurchsuchung mit dem Anti-Terror-Gesetz zu tun? Offensichtlich nichts. Denn die Ermittlungen wurden ja genau ohne dieses Gesetz durchgeführt. Ausserdem geht es um einen völlig anderen Straftatbestand. Bitte nicht Äpfel mit Maiskolben vergleichen.

Benjamin K. Bratschi, Muri

ÖV Rot-Grün stellt Tramausbau infrage, «Bund» vom 9. Juni

Alternative Velorouten suchen

Mit Verlaub: Busse zwischen Brunnmatt und Fischermätteli bringen für Velofahrende auch keine entscheidenden Fortschritte. Zwar sind Geleise eine Gefahrenquelle. Doch der Raum in Pestalozzi- und Brunnmattstrasse bleibt gleich eng. Und der steile «Stutz» hinauf zum Cäcilienplatz wird nicht flacher, wenn Busse darauf fahren. Die Lösung heisst alternative Routen für Velofahrende. Die gibt es. Ich war 30 Jahre lang mit dem Velo zwischen Wohnort an der Könizstrasse und Arbeitsplatz im Radiostudio unterwegs. Nicht über den «Stutz», sondern über Köniz- und Schwarztorstrasse, oder vom Eigerplatz her über die Quartierstrassen. Und bei starkem Regen oder Schnee habe ich den ÖV sehr geschätzt. Das darf gerne weiter das Tram sein. Der Fahrkomfort für die Passagiere ist grösser. Und bietet für Bernmobil betriebliche Vorteile.
Thomas Accola, Bern

Bern Endlich eine Künstlerinnen-Halle, «Bund» vom 4. Juni

«Vergessene» Ausstellung

Der Autor beklagt, dass die Kunsthalle während langer Zeit die Künstlerinnen vernachlässigt habe. Er erwähnt nur einzelne bedeutende Werke von Künstlerinnen, die ausgestellt wurden. Immerhin erwähnenswert ist die von Bieri «vergesene» Einzelausstellung Meret Oppenheim, die der damalige Kunsthalle-Leiter Jean Hubert Martin im Herbst 1984 ausgerichtet hatte und die europaweit auf viel Beachtung gestossen war! Auch an den jährlichen Weihnachtsausstellungen waren zahlreiche Künstlerinnen berücksichtigt wurden.
Christoph Bürgi, Bern

Lesbischsein tut nichts zur Sache

Der Artikel über die mangelnden, vergessenen und totgeschwiegenen Künstlerinnen macht betroffen. Hingegen tut doch das evtl. Lesbischsein einer Künstlerin in diesem Zusammenhang nichts zur Sache, oder?
Lilian Tschan, Laupen